

G-1

Titel	Gegen das Kliniksterben – Krankenhäuser im ländlichen Raum erhalten	
AntragstellerInnen	Zollernalb gemeinsam mit Alb-Donau, Biberach, Bodensee, Ravensburg	
Zur Weiterleitung an	SPD-Landtagsfraktion	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

- 1 Die Jusos Baden-Württemberg fordern...
- 2 -die Finanzierung von Kliniksaniierungen und -Neubauprojekten im gesamten Land wieder auf starke Beine zu
3 stellen. Hierzu wollen wir die kontinuierliche Steigerung der Fördermittel seit 2011 weiterführen und nicht, wie
4 von der aktuellen Landesregierung beschlossen, zurückfahren.
- 5 -durch zuverlässige finanzielle Förderung des Landesministeriums für Soziales und Integration die (Teil-)Pri-
6 vatisierung weiterer Klinikstandorte in Trägerschaft von Kommunen und/oder Landkreisen aktiv zu verhin-
7 dern.
- 8 -Krankenhäuser im ländlichen Raum entgegen der Ankündigung des Landessozialministers Manfred Lucha
9 weiterhin in Förderprogramme Baden-Württembergs aufzunehmen. Den Grundsatz, künftig Kliniken nach
10 Möglichkeit stets zu zentrieren, lehnen wir ab.
- 11
- 12 **Begründung**
- 13 Baden-Württembergs Kliniklandschaft schrumpft: Die Anzahl der Krankenhäuser in öffentlich-rechtlicher
14 Trägerschaft sinkt kontinuierlich, während im Jahr 1997 noch 151 Standorte gezählt werden konnten, waren
15 es 2017 noch 92. Die konservative Landesregierung befürwortet diesen Trend nach Aussagen des Sozialmi-
16 nisters Manfred Lucha ausdrücklich: Lucha gab bei einer Pressekonferenz den politischen Kurs vor, in der
17 Zukunft ausschließlich Standorte finanziell fördern zu wollen, „die auch in 20 Jahren noch am Markt sein
18 können“. Im Anschluss stellte der Minister die Behauptung auf, kleinere Klinikstandorte kämen oft nie aus
19 den roten Zahlen heraus.
- 20 Zugleich widerspricht sich die Landesregierung selbst: Lucha setzt sich gegenüber den kommunal Verantwort-
21 lichen für die Zentralisierung von Krankenhäusern ein, scheint dabei jedoch den enormen finanziellen Aufwand
22 aus den Augen zu verlieren. Durch die Fusion kleinteiligerer Standorte müssten einzelne bestehende Häuser
23 massiv aus- und umgebaut oder komplette Neubauten aufgesetzt werden. Absurderweise kürzten das Kabi-
24 nett und das Sozialministerium aber die Klinikfördermittel, 2018 werden 455 Millionen Euro investiert, 2017
25 waren es 463 Millionen. Weitere Streichungen sind zu vermuten.
- 26 Wir Jusos sehen in Manfred Luchas Handeln einen gefährlichen Trend: Die Bewertung von Gesundheitspolitik
27 nach marktwirtschaftlichen Kriterien. Für uns ist die gute und flächendeckende Krankenhausstruktur kein ver-
28 zichtbarer Luxus, sondern notwendige Daseinsvorsorge! Wir stehen dafür, auch kleinere Kliniken zu erhalten
29 und zeitgemäß auszustatten.
- 30 Zahlreiche andere Argumente sprechen ebenso gegen das Vorgehen der Landesregierung: Der ländliche Raum
31 würde -zu den ohnehin großen Herausforderungen des demographischen Wandels, der Digitalisierung etc.-
32 weiter geschwächt. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss zuvorderst im Gesundheitsbereich her-
33 gestellt werden, die Maßnahmen der Landesregierung würden das komplette Gegenteil bewirken. Die man-
34 gelnde Haus- und Facharztversorgung in ländlichen Gebieten würde durch fehlende Kliniken bestärkt, ferner
35 würden sich Krankenhäuser als bedeutende Arbeitgeber in Ballungsräume verlagern.

- 36 Nicht zuletzt ist anzumerken, dass Klinikzentralisierungen meist spürbaren Personalabbau mit sich bringen.
37 Dies ist im Sinne der Ärzt*innen, Pflegenden und Patient*innen unverantwortlich, da die Krankenpflege schon
38 heute unzureichend besetzt ist.